

# Selbstverwaltung als Prozess : auf der Suche nach neuen Mehrheiten

Autor(en): **Ott, Heiner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339833>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

war und blieb seine praxisbezogene Ideologie überzeugend. In seiner Jugend hatte Beat Bürcher den Ruf, eher still, beschaulich und vor allem literarisch interessiert zu sein. Eigentlich blieb er sich auch als Politiker treu: Er nahm mit Bedacht Stellung, sagte viel, ohne viel zu reden. Der Versuchung viel zu reden, ohne etwas zu sagen, erlag er nicht.

Einer Frage nahm er sich beim Studium des Kapitalismus in besonderer Weise an: Die ungleiche Entwicklung verschiedener Gruppen, tatsächlicher oder machtmässiger Minderheiten. Das machte ihn von Anfang an offen für die Stellung und Angefochtenheit der Ausländer, für die feministische Bewegung oder für die Bergbevölkerung. Nach 1974, nach Einbruch der Krise, setzte er sich mehr und früher als andere für gewerkschaftliche Kämpfe, für Arbeitslose und für Streikende ein, später für Umweltschützer und AKW-Gegner, in den letzten zwei Jahren für die Jugendbewegung. An einer AKW-Demonstration empfand er erstmals Angst vor der Polizei als Machtinstrument des Staates und der Herrschenden. Diese Erfahrung hat wohl auch seinen politischen Beitrag zur Jugendpolitik in Zürich bestimmt.

Mit Überzeugung und Konsequenz verfolgte Beat Bürcher seine politische Linie in vielen Bereichen und auf allen Ebenen: an der Basis, auf der Strasse, an Standaktionen und Demonstrationen, in Versammlungen, Komitees, Bewegungen und Bürgerinitiativen, seit 1970/71 in der SP, aber gleichzeitig auch in Kontakt mit den Gewerkschaften, mit ausändischen Arbeiterparteien, mit POCH, PdA, SAP, das heisst mit allen Schattierungen der Arbeiterbewegung. Diese Vielfalt hinderte ihn aber nicht, zeitweise im Parlament (Gemeinderat der Stadt Zürich)

oder in der Stadtverwaltung mitzuarbeiten.

Beat Bürcher war für mich persönlich ein Freund in einigen schwierigen politischen und menschlichen Situationen, seine Kompromisslosigkeit war für mich selbst dann Vorbild, wenn ich seine Meinung im Einzelfall nicht teilte; er war ein Anreger, Aufsteller und Mut-macher. Seine Persönlichkeit, das heisst seine Übereinstimmung zwischen Menschlichkeit und politischer Haltung, seine Entwicklung von einzelnen Sachfragen zu einer politischen Grundhaltung, seine vielseitige und be-

scheidene Tätigkeit geben uns Mut und Hoffnung, vor allem Mut und Hoffnung für junge Menschen, die sich den Bewegungen der Umweltschützer, der Frauen, der AKW-Gegner, der Jugend und des Friedens verpflichtet wissen.

Als Mut-macher für die Zukunft, als Widerstandskämpfer gegen die Strukturen der Macht lebte und lebt Beat Bürcher mit uns. Diese Hoffnung und diese Solidarität sind stärker als die Trauer.

Hansjörg Braunschweig,  
Dübendorf

Heiner Ott

## Selbstverwaltung als Prozess

*Auf der Suche nach neuen Mehrheiten*

Der diesjährige ausserordentliche — auch ausserordentlich bewegte! — Parteitag der Sozialdemokratie war in erster Linie eine Debatte um den Begriff Selbstverwaltung. Diese Debatte spielt für uns die Rolle einer Neubesinnung in einer für den demokratischen Sozialismus schwierigen, aber vielleicht doch auch hoffnungsvollen Zeit. Die unsere Landesgrenzen weit übergreifende Krise der Sozialdemokratie (nicht nur in Zürich! nicht nur in Basel!) ist für mich kein Grund, auch nur im Geringsten an der Überlegenheit unserer Idee zu zweifeln oder daran irre zu werden, dass wir es sind, welche geistig, seelisch, am längeren Hebelarm sitzen! Ob diese Überlegenheit sich heute ausschliesslich im suggestiven Begriff der Selbstverwaltung verdichten kann, bezweifle ich allerdings.

Der Parteitag hat denn auch in diesem Sinne entschieden: dass zwar die Selbstverwaltung Leitgedanke, jedoch nicht *einzig*er Leitgedanke der weiteren programmatischen Diskussionen sein soll. Damit sind der neubestellten grossen Programmkommission verschiedene Wege offen gelassen, bei denen sie aber die zentrale Bedeutung der Selbstverwaltungsidee in jedem Falle in Rechnung stellen muss. Selbstverwaltung hat zweifellos etwas Bestechendes und Inspirierendes, — gerade in einer Zeit, wo Fremdbestimmung und Manipulation, welche bis in die hintersten Lebensbereiche des Menschen gehen, alle sensiblen Zeitgenossen aufschrecken müssen. Unter solchen Rahmenbedingungen *muss* ja Selbstbestimmung, und dies sowohl individuell wie im kollektiv, zu einer grossen

Sehnsucht und zu einem befreienden Erlebnis werden.

In den einzelnen Arbeitsgruppen des Interlakener Parteitages wurde denn auch intensiv über die persönliche und politische Tragweite des Erlebnisses der Selbstverwaltung diskutiert. Dabei hat sich für mein Empfinden zweierlei klar gezeigt:

1. Es hat sich gezeigt, wie komplex der Begriff der Selbstverwaltung ist. Ob Selbstverwaltung, im Gegensatz zur Fremdbestimmung, nun auf dem Wege der Genossenschaftsgründung, der Mitbestimmung, der Verstaatlichung oder Kommunalisierung in Angriff genommen werden soll, ob und wie weit sie von den Behörden aller Stufen gefördert werden kann oder aber in den «Graswurzeln» der Bevölkerung von alleine wachsen muss — all das ist noch längst nicht ausdiskutiert!

2. Es zeigte sich, dass der Begriff Selbstverwaltung nicht zum Inhalt eines irrational-mystischen Glaubensbekenntnisses werden sollte. Die häufig gehörte Auskunft: «Selbstverwaltung ist ein Prozess, ein Lernprozess. Wir müssen also zuerst einmal den Glauben haben und das Wagnis unternehmen und einfach anfangen, und dann werden wir in 20 oder 30 Jahren schon erfahren haben, was Selbstverwaltung wirklich ist...» — diese Auskunft ist zwar nicht falsch Selbstverwaltung ist ein Lernprozess! Aber die Auskunft genügt, für sich genommen, nicht. Wir dürfen uns der rationalen politischen Rechenschaft über das, was wir wollen und anstreben, wo wir ansetzen wollen und wo zuerst, nicht durch eine solche Ausrede entziehen.

Vor allem dürfen wir uns, wenn es um eine neue, durch Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung geprägte Gesellschaft geht, einer grossen Illusion nicht hingeben, nämlich der Illu-

sion von der grenzenlosen und sofortigen Mobilisierbarkeit der Massen! Wir dürfen nicht glauben, es genüge, nach dem Motto der «Internationale»: «In Stadt und Land ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Parteien...» der Mehrheit der Lohnabhängigen einfach anzupredigen, wie dreckig es ihnen geht, und ihnen zu sagen: Jetzt ziehen wir uns aus allem, aus der Regierung zurück, jetzt treten wir an zum radikalen Protest einer schlagkräftigen Opposition. Wenn wir glauben, auf diese Weise brächten wir die grossen Massen auf die Strasse, und dann komme der grosse Umschwung von selbst, dann geben wir uns einer für unsere Bewegung gefährlichen Illusion hin.

Der Umschwung *kommt!* Er wächst hervor aus den Widersprüchen der heutigen Gesellschaft. Diese müssen genau studiert und analysiert werden, und insbesondere darf ein Parteiprogramm der SPS nicht von «Kapitalismus» und «Selbstverwaltungs-Sozialismus» abstrakt sprechen, sondern muss die besonderen, höchst spezifischen Gegebenheiten des schweizerischen Terrains in ökonomischer (Exportabhängigkeit! und politischer (Föderalismus, halbdirekte Demokratie!) Hinsicht beachten.

Erst wo das geschieht, wird sich zeigen, wo die Ansätze zu einer *neuen Mehrheit* in unserem Land liegen!

Es ist in gewisser Weise heute frustrierend für einen sozialdemokratischen Volksvertreter, sich im Parlament immer wieder im Verhältnis von 2:1 oder von 3:2 in der Minderheit zu finden. Aber ich bin überzeugt davon, dass eine neue Mehrheit sich finden, dass sie sich herausbilden ässt. Sie wird aber wohl kaum primär auf dem Begriff der Selbstverwaltung basieren können. Sondern sie wird sich da herauskristallisieren, wo

von immer mehr Kreisen und immer mehr Vertretern der Bevölkerung eingesehen wird, dass es gilt, die *seelischen Schäden*, die der ach so effiziente Kapitalismus verursacht hat (und keiner hat wohl je die materielle Effizienz des Kapitalismus so sehr besungen wie Karl Marx!) zu heilen und eine Ordnung aufzurichten, in der diese Schäden nicht mehr auftreten werden.

Kein sozialdemokratisches Parteiprogramm, das für die Motivierung und praktische Arbeit etwas taugen soll, wird sich davon dispensieren können, genau aufzuzeigen, wie *heute* und in *unserem* Lande aus den Widersprüchen des Kapitalismus und des damit verbundenen quantitativen Wachstumsdenkens eine bessere, menschenwürdigere Zukunft zwar nicht zwangsläufig, jedoch unter der Bedingung des entschlossenen Kampfes einer von *Einsicht* getragenen Arbeiterbewegung mit grösster Wahrscheinlichkeit, hervorzunehmen wird.

Dass aber dies geschehe, erfordert einige personelle Voraussetzungen. Ich fürchte zur Zeit noch, dass in unsern Reihen heute zuviel Exzentrik, zuviel Hektik, zuviel Aufgeregtheit und zuwenig ruhige, selbstsichere Toleranz vorhanden ist! Das Volk, die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen, welche «die stärkste der Parteien» bildet, achten nämlich nicht nur auf ihre eigenen materiellen Interessen. Das Volk achtet auch nicht nur auf die Güte einer Idee, sondern es achtet auch auf das Bild der Leute, welche diese Ideen vertreten.

Wenn es uns Schweizer Sozialdemokraten eines Tages wieder gelingt, im Volke das Image der «*force tranquille*», der «ruhigen Kraft» zu gewinnen, dann wird die Durchschlagskraft unseres Ideengutes, die ihm heute schon innewohnt, auch politisch voll zur Geltung kommen!